

Neun von zehn Franken werden von privaten Banken in Umlauf gebracht – per Knopfdruck und aus dem Nichts. Das birgt Risiken. Die Vollgeld-Initiative will das ändern.

Finanzblasen die Luft ablassen

von Stefan Michel

Angenommen, Sie bräuchten einen grösseren Geldbetrag, vielleicht, weil Sie ein Haus kaufen wollen. Nun stellen Sie sich vor, ein Unbekannter würde Ihnen das Geld vorschliessen. Nicht, indem er es Ihnen in einem Koffer übergibt. Er schreibt einfach den Betrag auf ein Papier, zusammen mit dem Vermerk, der Besitzer dieses Papiers könne den Barbetrag jederzeit bei ihm abholen. Das wirkt wenig vertrauenswürdig, nicht?

Und was würden Sie davon halten, wenn Sie erfahren, dass Ihr Geldgeber ein passionierter Glücksspieler ist, der regelmässig riskante Wetten eingeht? Nun, so ähnlich funktioniert die Kreditvergabe der Bank, bei der Sie tatsächlich den Hypothekarkredit für Ihr Wohneigentum aufnehmen.

Wenn die Bank Sie für kreditwürdig hält, dann schreibt sie Ihnen den vereinbarten Betrag auf Ihrem Konto gut. Sie braucht dazu weder darauf zu warten, dass in der gleichen Höhe neue Ersparnisse bei ihr hinterlegt werden, noch dass genügend andere Schuldner ihren Kredit zu dem Zeitpunkt zurückzahlen oder Zinsen in der Höhe Ihres Darlehens entrichten. Elektronisches Buchgeld können die Banken nach eigenem Gutdünken in die Welt setzen.

Ein Kredit über eine Million Franken bedeutet: Die Bank setzt auf Ihrem Konto die Zahl 1000000 ein. Fertig. Das Geld wird nirgends hergeholt oder abgebucht. Es entsteht per Knopfdruck. Der Kreditnehmer kann mit dieser Zahl sein neues Heim bezahlen.

Banken schöpfen also Geld, indem sie Kredite gewähren, und sie tun es solange und in dem Umfang, wie sie glauben, dass ihre Schuldner ihre Zinsen dafür entrichten und den Kredit im vereinbarten Zeitraum zurückzahlen. 90 Prozent der gesamten Geldmenge, die sich in der Schweiz im Umlauf befindet, ist elektronisches Buchgeld.

Die Schweizerische Nationalbank kontrolliert nur zehn Prozent des Frankens, der Rest sind Zahlenwerte auf Konti.

Die Schweizerische Nationalbank, der gemäss Artikel 99 der Bundesverfassung als Vertreterin des Bundes alleine das Recht zusteht, Münzen und Banknoten auszugeben, kontrolliert nur das Bargeld und damit gerade mal zehn Prozent der kursierenden Schweizer Franken. Der Rest sind Zahlenwerte auf Bankkonti.

Die zwei Seiten des Frankens

Mathias Binswanger, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Fachhochschule Nordwestschweiz und Privatdozent an der Universität St. Gallen, bringt es im Titel seines Buches auf den Punkt: «Geld aus dem Nichts – Wie Banken Wachstum ermöglichen und Krisen verursachen».

Das sind die zwei Seiten des Frankens, wie er heute im Umlauf ist: Er machte den Wohlstand erst möglich, den wir heute haben, denn ohne Kredit von der Bank hätte den Unternehmen das Geld gefehlt, um zu expandieren, Arbeitsplätze zu schaffen, Steuern zu zahlen.

Die Kehrseite ist die Tendenz der Banken, in der Boom-Phase zu viele Kredite zu vergeben und in der Krise den Geldhahn zuzudrehen und diese damit zu verschärfen. Spekulationsblasen wie jene im US-amerikanischen Immobilienmarkt werden umso grösser, je mehr Geld von den Banken zur Verfügung gestellt wird.

Den Ursprung dieses Systems ortet Binswanger in England im 17. Jahrhundert. Damals begannen findige Geschäftsleute, zuerst Edelmetall durch Schuldscheine und schliesslich Banknoten zu ersetzen. Nächste Stufe war, dass sie Geld verliehen, welches sie gar nicht besaßen. Solange sie genügend Kunden hatten und Geld ständig ein- und ausging, gerieten sie nie in Zahlungsnot. Erst wenn alle, die Geld zugute hatten, dieses gleichzeitig beziehen wollten, hatten sie ein Problem.

Das Gleiche passiert heute in Ländern, in denen die Währung abstürzt, oder bei Banken, bei denen die Spareinlagen nicht mehr als sicher gelten: Die Menschen strömen in Scharen an die Schalter und verlangen die Auszahlung ihrer Ersparnisse. Die Bank hat aber längst ein Mehrfaches dessen, was sie an Spareinlagen verwaltet, an andere ausgeliehen und kann nicht bezahlen. Der «Bank Run» ist der Albtraum



Für ein neues Geldsystem: Helvetia und Tell unterschreiben auf dem Bundesplatz die Vollgeld-Initiative.

FOTO: KEYSTONE

jedes Geldhauses. Entweder geht es dabei bankrott oder der Staat greift ein, übernimmt die Schulden der Bank und vertröstet die Sparer auf später.

«Seit 400 Jahren kommt es immer wieder zu Finanzkrisen, weil Banken einen Hang zum Exzess haben», erklärt Binswanger im Gespräch. Um die Wende vom 19. ins 20. Jahrhundert wurden Zentralbanken wie die Schweizerische Nationalbank geschaffen, um den Prozess der Papiergeldschöpfung zu kontrollieren. Doch schon bald fanden die Banken einen Weg darum herum. Schecks und Bezahlung durch direkte Überweisung von Bankkonto zu Bankkonto waren die Mittel dazu. Bezeichnenderweise bezahlen die Banken untereinander immer mit echtem Geld oder indem sie einander Teile ihrer Nationalbankreserven überschreiben. So gross ist das Vertrauen der Banken in ihr eigenes System.

Krisensicheres Geld

Am 1. Dezember übergab eine Gruppe gesetzter Herren vom Verein Monetäre Modernisierung (MoMo) der Bundeskanzlei 111819 beglaubigte Unterschriften für die Vollgeld-Initiative. Ihr oberstes Ziel: das Finanzsystem sicherer zu machen.

Reinhold Harringer ist Vorstandsmitglied und Pressesprecher. Er hat an der Universität St. Gallen seinen Doktor der Ökonomie gemacht und leitete während 22 Jahren das Finanzamt der Stadt St. Gallen. Er stellt klar: «Wir wollen einen Zustand, von dem die meisten Leute meinen, dass er schon existiere: Das gesamte Geld soll, wie jetzt die Noten oder Münzen, von der Natio-

nalbank hergestellt werden. Banken sollen nur Geld verleihen, das sie von Sparern, den Aktionären oder von der Nationalbank zur Verfügung gestellt bekommen.»

Vollgeld heisst das Zahlungsmittel, das im Gegensatz zum heute dominierenden Buchgeld der Banken ausschliesslich durch die Nationalbank in Umlauf gebracht wird.

Die Initianten sind nicht gegen den Kapitalismus. Sie wollen nur, dass die Nationalbank alleinige Herrin über das Geld in der Schweiz ist.

«Die Idee ist radikal, aber nicht offensichtlich absurd», urteilt Urs Birchler, Professor für Banking an der Universität Zürich. Er spielt darauf an, dass die Idee des Vollgelds während der Weltwirtschaftskrise in den Dreissigerjahren von angesehenen Ökonomen propagiert wurde.

Auch im Komitee der Vollgeld-Initiative engagieren sich keine jugendlichen Idealisten à la Occupy Wallstreet, sondern Uni-Professoren der Ökonomie und des Rechts, die meisten in der zweiten Hälfte ihrer Karriere. Sie üben keine Fundamentalkritik am Kapitalismus, sie wollen lediglich, dass die Nationalbank wieder alleinige Herrin über das Geld in der Schweiz wird.

Für die Banken würde dies bedeuten, dass sie nur noch Geld ausleihen können, das bei ihnen als Spareinlage deponiert wurde, das sie als Eigenkapital besitzen oder von ihren Aktionären zur Verfügung gestellt bekommen. Zusätzlich können sie Darlehen von der Nationalbank erhalten und so zusätzliche Kredite vergeben.

Riskantes Investment Banking und Spekulation mit Milliarden-Beträgen am Finanzmarkt würden massiv eingeschränkt. Der Gewinn aus dem Geschäft mit neu geschöpftem Geld bliebe beim Bund. Heute streichen ihn die Banken ein, indem sie Schuldzinsen verlangen – für die Kredite, die sie im Prinzip aus der Luft greifen.

In den Worten der Wirtschaftswissenschaften klingt das Geschäft der Banken weniger brisant. Professor Urs Birchler erklärt: «Die Bank nimmt Spareinlagen entgegen und legt diese langfristig und zinstragend an. Sie verspricht den Sparern, dass sie ihr Geld jederzeit zurückerhalten, wenn sie dies wünschen. Das geht nur, wenn nicht alle gleichzeitig ihr Geld zurück haben wollen.»

Indem die Bank Kredite gegen Zinsen vergibt, kann sie den Sparern Zinsen zahlen. Die Differenz zwischen den Soll- und Habenzinsen minus der Kosten für Geldaufbewahrung und Kreditvergabe ist der Gewinn der Bank. Fristentransformation heisst dieses Austarieren zwischen langfristigen Anlagen und jederzeit fälligen Einlagen. Für Birchler steht fest: «Ohne die Möglichkeit zur Fristentransformation ist eine Bank keine Bank mehr.» Er vermutet, dass die Kreditvergabe dann in anderen Unternehmen stattfände. «Das ist ein Ein-

griff, der die Volkswirtschaft wahrscheinlich etwas kosten würde.»

Dass das Vollgeld-System die Wirtschaft mit einer Knappheit an Krediten belastet, lässt Initiativsprecher Harringer nicht gelten: «Gemäss unserem Verfassungsentwurf gewährleistet die Nationalbank die Versorgung der Wirtschaft mit Krediten durch die Banken. Falls nötig, kann sie die Vergabe von Krediten an KMU mit besonderen Bedingungen fördern.»

Die Vollgeld-Initianten wollen die Geldversorgung in den Dienst der Realwirtschaft stellen. Das heisst, dass vor allem jenen Kredite gewährt werden, die tatsächlich Güter und Dienstleistungen bereitstellen und Arbeitsplätze schaffen.

Immerwieder zieht die Finanzwirtschaft die Realwirtschaft mit in die Tiefe – weil Buchgeld sich so schnell in Luft auflöst, wie es entsteht.

Das Gegenstück zur Realwirtschaft ist die Finanzwirtschaft, in der zum grossen Teil durch Wertpapierhandel und Spekulation aller Art aus Geld noch mehr Geld gemacht wird. Immerwieder werden Geldwerte vernichtet, wie in der letzten Finanzkrise – wie in unzähligen Finanzkrisen seit Hunderten von Jahren. Üblicherweise zieht die Finanzwirtschaft die Realwirtschaft mit in die Tiefe; nicht zuletzt, weil sich Buchgeld so schnell in Luft auflösen kann, wie es entstanden ist.

Geld solle möglichst schuldfrei auf die Welt kommen, ist eine weitere Forderung der Vollgeld-Initiative. Heute ist neues Geld fast immer an eine Schuld gebunden, die jemand mit Zins zurückzahlen muss. Das erzeugt Wachstumsdruck und verstärkt das kurzfristige Renditedenken. Eine wachsende Wirtschaft (diese lehnen die Initianten nicht grundsätzlich ab) braucht eine wachsende Geldmenge. Würde nur das Geld als Kredit vergeben, das andere gespart haben, dann bliebe die Geldmenge konstant.

Wer bedient die Notenpresse?

Die Vollgeld-Initiative will Wachstum ermöglichen, indem von der Nationalbank neu geschaffenes Geld primär direkt an Bund und Kantone ausbezahlt würde – als direkter Beitrag an die Staatskasse und ohne Rückzahlungspflicht. Je nach Situation könnten die neugeschöpften Mittel auch direkt an jeden einzelnen Bürger überwiesen werden. Das zusätzliche Geld gelangt in den Kreislauf, es wird entweder ausgegeben und sorgt so für Umsatz, oder es kommt aufs Sparkonto, womit es als Grundlage für neue Kredite zur Verfügung steht.

«Wenn das so umgesetzt würde, dann wäre die Schweizer Währung über kurz

oder lang in ihrer Existenz gefährdet», ist Birchler überzeugt. Für ihn entspricht das bedingungslose Geldverteilen dem Fällen des Apfelbaums, statt dass man jedes Jahr dessen Äpfel erntet. «Der Druck auf die Nationalbank würde riesig. Sie müsste dann Geld schaffen, wenn Bund, Kantone oder Bürger dieses brauchen, und nicht dann, wenn die wirtschaftliche Entwicklung eine wachsende Geldmenge nötig macht.» Dem Staat direkten Zugriff auf die Geldmenge zu geben, hält er für gefährlich. «Darum sind in jedem seriös regierten Land die Staatsfinanzen und die Geldschöpfung strikt getrennt.»

Die Vollgeld-Verfechter sehen genau in der Geldschöpfung durch gewinnorientierte, auf ihren Aktienkurs fokussierte Privatbanken die grosse Gefahr. Zum Zugriff der Politik auf die Geldmenge entgegnet Harringer: «Es ist Sache des Gesetzgebers, hier die richtigen Vorkehrungen zu treffen. Die Nationalbank legt die Geldpolitik fest, und der Staat muss mit dem zufrieden sein, was er bekommt.»

Im Vollgeld-System würde die Nationalbank wieder alleine darüber bestimmen, wie gross die Geldmenge der Schweiz ist. Ein unabhängiges Gremium würde diese Entscheidung fällen. Dies kritisiert auch Mathias Binswanger: «Was sich die Initianten zu wenig überlegt haben, ist, aufgrund welcher Kriterien die Nationalbank entscheiden soll, um wie viel sich die Geldmenge von einem Jahr aufs nächste verändern soll.»

Im heutigen System bestimmt weitgehend die Nachfrage nach Krediten, um wie viel die Geldmenge wächst. Binswanger verdeutlicht: «Die Initianten sagen, die Nationalbank soll über die Geldmengensteuerung Spekulation verhindern, Inflation verhindern und für eine nachhaltige Entwicklung sorgen. Konkret muss sie aber entscheiden, ob sie zwei oder drei Prozent Wachstum der Geldmenge zulässt.»

Harringer hält dagegen: «Die Nationalbank muss nicht Anfang Jahr eine fixe Grösse an Neugeld festlegen. Die Feinsteuerung der Geldmenge kann sie vornehmen, indem sie verzinsliche Darlehen an die Banken gewährt, womit diese weiterhin am Geldschöpfungsprozess beteiligt sind.

Urs Birchler ortet in der Geldmengensteuerung eine weitere Schwäche der Initiative: «Normalerweise erhöht die Nationalbank die Geldmenge, indem sie Dollars, Euro, Gold oder was auch immer kauft und somit Franken in Umlauf bringt. Wenn sie die Geldmenge verringern will, verkauft sie die Dollars, Euro etc. wieder. Wie aber kann die Geldmenge im Vollgeld-System verringert werden?»

Auch hier hat Reinhold Harringer eine Antwort parat: «Wenn die Nationalbank zur Erhöhung der Geldmenge Darlehen an die Banken gewährt, kann sie diese auch zurückziehen oder die dafür erhaltenen Sicherheiten wie zum Beispiel Wertpapie-

re verkaufen und damit die Geldmenge verkleinern.»

Der Gewinn aus der Geldschöpfung würde im Vollgeld-System nicht mehr bei den privaten Banken anfallen, sondern bei der Nationalbank. Diese gibt sie an Bund, Kantone oder auch direkt an sämtliche Bürgerinnen und Bürger weiter. Den ergiebigsten Geldregen würde die Umstellung auf Vollgeld mit sich bringen: Am Tag des Systemwechsels verwandelt sich das Geld, das die Banken ihren Kunden schulden – also das Geld, das diese auf ihren Bankkonten haben – in eine Verpflichtung der Banken gegenüber der Nationalbank.

Ein verlockendes Angebot

Diese Schuld begleichen die privaten Geldhäuser schrittweise aus den Kreditrückzahlungen ihrer Schuldner. So wird das von den Banken geschöpfte Geld durch Buchgeld von der Nationalbank ersetzt. Am Kontostand der Kunden ändert sich nichts. Es ist bloss nicht mehr die private Bank, die garantiert, dass das Geld auf dem Konto jederzeit ausgezahlt werden kann, sondern die Nationalbank.

Als Folge der Umstellung flössen gemäss Website der Vollgeld-Initiative einmalig und über mehrere Jahre verteilt rund 300 Milliarden Franken in die Staatskasse. Das ist mehr als die aktuelle Gesamtschuld des Bundes (etwa 222 Milliarden) und die Bundesausgaben eines Jahres (etwa 64 Milliarden) zusammen. Den jährlich wiederkehrenden Geldschöpfungsgewinn zugunsten der Allgemeinheit schätzen die Initianten auf drei bis fünf Milliarden.

Nach der Umstellung flössen gemäss Initianten einmalig und über mehrere Jahre verteilt rund 300 Milliarden in die Staatskasse.

Es ist ein verlockendes Angebot, das die Vollgeld-Initiative den Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern macht. Auch Kritiker wie Urs Birchler räumen ein, dass Finanzkrisen im Vollgeld-System weniger wahrscheinlich sind. «Der Eingriff in das Kreditgeschäft würde die Schweizer Wirtschaft etwas kosten. Dies muss man aufrechnen gegen die Finanzkrisen, die man möglicherweise vermeidet. Meiner Meinung nach ist die Wirtschaftswissenschaft nicht in der Lage, verlässlich vorauszusagen, ob Kosten oder Nutzen überwiegen.»

Letztlich scheiden sich die Geister an der Frage, wer eher für das Wohl des Landes sorgen könne: Vater Staat oder gewinnorientierte private Unternehmen. tageswoche.ch/+mmc2m ×